

Bohnung eine Schu...  
kraft, an welcher er  
stark. Man halt es  
nicht, das Kummer  
reich des dafur zu  
je verurteilten Soh-  
ner zu der Verzweif-  
leben hat.

ung!  
bringend bitten, dies  
Alle Beträge müssen  
der Rest in Noten,  
o lange Zeit zur Be-  
n.

& Co.  
R. Schoenau.

weisung!  
Sopa!

ach und von  
lt.  
en Bedingungen.  
versicherungen, re.  
je Auswanderer.

Corporation,  
WINNIPEG, MAN.  
LWAY AGENTS.  
tiba \$700,000.00.

waren  
an abgehalten  
im Laden der  
ARE CO.

waren  
eisen verkauft.

ARE CO.

& COMP.

SON  
alift

en besuchen  
gen:

Ahr nachm.  
otel.

Ahr nachm.  
im Hotel.

Ahr nachm.  
im Hotel.

Ahr nachm.  
Klinton Hotel.

Ahr nachm.  
m Hotel.

Ahr nachm.  
s Drug Store

Ahr nachm.  
s Drug Store.

nterfuchung.

Spezialift

oon, Sask.

### St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung  
Canadas, erscheint jeden Donnerstag in  
Muenster, Sask., und kostet bei Voraus-  
bezahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00  
In Ver. Staaten u. Ausland, \$2.50  
Einzeln Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu  
1.00 Dollar pro Zoll einpaltig für die  
erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für  
nachfolgende Einrückungen.

Reklamstücken werden zu 20 Cents pro  
Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00  
pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00  
pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei  
großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber  
für eine erstklassige katholische Familien-  
zeitung unpassende Anzeige wird unbe-  
dingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an  
ST. PETERS BOTE,  
Muenster, Sask., Canada.

# St. Peters Bote.



Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. hien + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hoch-  
w. hien + Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

18. Jahrgang, No. 44. Münster, Sask., Donnerstag den 15. Dezember 1921. Fortlaufende No. 928.

### St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in  
Saskatchewan, is published every  
Thursday at Muenster, Sask. It is  
an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:  
\$2.00 per year, payable in advance.  
\$2.50 to the United States and abroad  
Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES:  
Transient advertising \$1.00 per inch  
for first insertion, 50 cents per inch  
for subsequent insertions. Reading  
Notices 20 cents per count line.  
Display advertising \$2.00 per inch  
for 4 insertions, \$20.00 per inch for  
one year. Discount given on large  
contracts. Legal Notices 12 cts. per  
agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any  
price, which the publishers consider  
unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to  
ST. PETERS BOTE,  
Muenster, Sask., Canada.

## Die Abrüstungskonferenz.

Für den Leser, welcher die Verhandlungen der Konferenz in Washington verfolgt, ist es nicht leicht, sich eine einigermaßen zutreffende Vorstellung von dem bisherigen Fortschritt zu machen. Wenn man die langschweifigen Berichte oder die zuversichtlichen Erklärungen dieser oder jener Delegation liest, könnte man meinen, es sei schon ziemlich viel erreicht. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall und der etwas aufmerksame Beobachter wird auch erkennen, daß es sich bei den langen Berichten stets um Billigung „im Prinzip“ oder gar um Phantastiegebilde eines der zahlreichen Korrespondenten handelt. Die Zustimmung im Prinzip, welche die Vertretung einer Macht kundgibt, bedeutet keinen praktischen Erfolg, sondern vielmehr Abänderungsvorschläge, welche die Erreichung einer Verständigung über eine bestimmte Frage höchst unsicher machen. Einen Beweis hierfür bildet das amerikanische Programm für Beschränkung von Seerüstungen, bei dem bisher infolge des Widerstandes von Japan noch keinerlei positiver Fortschritt erzielt worden ist. Die wichtigen Verhandlungen auf der Konferenz werden im Geheimen geführt, in genau der gleichen Weise, wie es bei allen diplomatischen Zusammenkünften früherer Zeiten geschah. Die meisten Korrespondenten erfahren nur wenig von dem, was sich hinter den verschlossenen Türen vollzieht. Sie sind aber doch bezahlt, die Zeitungen, welche sie mit erheblichen Kosten oft aus weiter Ferne gefandt, verlangen umfassende Berichte und so ist es ganz natürlich, wenn sehr häufig ein liches Gebilde der Einbildungskraft an die Stelle von Tatsachen tritt, welche der Verfasser eines Aufsatzes selbst nicht kennt. Einer der im Allgemeinen besser unterrichteten Zeitungsvertreter in Washington betont, das einzige bisherige Ergebnis der Konferenz besteht darin, daß Frankreich sich auf keine Abrüstung einlassen wird. Diese Auffassung entspricht der wirklichen Lage und sie wird aller Wahrscheinlichkeit zutreffend sein, wenn diese sogenannte internationale Zusammenkunft sich nach einigen Monaten vertagt. Zweifellos werden gewisse Abmachungen hinsichtlich der Seerüstungen und der fernöstlichen Frage zustande kommen, indessen ein nennenswerter praktischer Nutzen läßt sich hiervon nicht erwarten. Es wird nicht an prinzipiellen Erklärungen in Hinsicht auf Anerkennung der Unversehrtheit von China und offenen Türe, der gleichen Handelsgelegenheit für alle Nationen, fehlen, aber die Japaner werden trotz aller dieser von ihnen selbst gebilligten schönen Grundzüge ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß im himmlischen Reich nicht aufgeben und sich auch nicht aus Schantung oder der Mandchurie zurückziehen. Jedemfalls derzeit sicher ist nur, daß Frankreich sein Riesenheer nicht vermindern, daß es auf seine Vorräte nicht verzichten wird. Vor seiner Abreise hat dies Premier Briand sehr klar gestellt, nachdem sein Versuch auf dem Umwege einer „Garantie“ den Bündnisvertrag mit Amerika und

England gegen Deutschland doch noch zu erlangen, endgültig mißlungen war. Und wenn Frankreich nicht abrüstet, werden es auch andere Mächte mit namhaften Heeren nicht tun, die Welt wird somit weiter in Waffen starren, auch wenn eine Verminderung der Zahl von Schlachtschiffen gelangt. Man kann schon sehr zufrieden sein, wenn sich die Prophezeiung der Schwarzeher, daß die Washington-Konferenz in letzter Linie die vorhandenen Kriegsgefahren noch verschärfen werde, nicht erfüllt. Den Weg zum ewigen Frieden erleichtert sie jedenfalls nicht.

Washington. Das englisch-japanische Bündnis ist beseitigt. Anstelle der Allianz treten die Ver. Staaten, Großbritannien, Japan und Frankreich in ein „Enderständnis“. Im Hinblick auf obige Bedingungen hat Japan den amerikanischen Plan auf Beschränkung von Seerüstungen angenommen. Dieser bedeutungsvolle Entschluß in Weltangelegenheiten, der wichtigste auf der gegenwärtigen Konferenz, wurde von Hughes für die Ver. Staaten, Balfour für Großbritannien und Kato für Japan gefaßt, wie von höchster Stelle verlautete. Es handelt sich um eine wirkliche Entscheidung, weil diese Schritte von den hiesigen Delegierten den interessierten heimischen Regierungen unterbreitet worden sind. Nur der letzte Entscheid einiger Regierungen ist nötig, bevor sie in bestimmter Form gebracht und der Welt verkündet werden können. Diese bedeutungsvollen Entscheidungen wurden in einer zweistündigen informellen Besprechung der „Drei Großen“, der Ver. Staaten, von England und Japan getroffen — Hughes, Balfour und Kato. Auf diese Weise sollen die wichtigsten Fragen vor der Waffenkonferenz gelöst werden. Die Maßnahmen bedeuten, daß die Gefahr des englisch-japanischen Bündnisses für die Ver. Staaten beseitigt, ein Krieg zwischen den Ver. Staaten und Japan nahezu unmöglich und daß der Hughes Plan für Flottenbegrenzung endgültig angenommen wird. Das „Enderständnis“ zwischen den vier Mächten zerfällt in zwei Hauptteile. Diese Mächte verpflichten sich, den Frieden des Pazifik und des Fernen Ostens nach bestem Vermögen zu wahren. Zur Verminderung von Streitmöglichkeiten unter sich selbst vereinbaren die Mächte, daß die Inseln im Stillen Meer nicht befestigt sein dürfen. Admiral Kato, der Vorsitzende der japan. Abordnung, bat seine Regierung um Ermächtigung, das Flottenverhältnis von 60 Prozent für Japan unter den obigen Bedingungen annehmen zu dürfen.

Der ganze Plan scheint bei Tokio zu liegen und Japans Annahme wird erwartet. Eine Antwort aus Tokio wird in wenigen Tagen eintreffen. Die nächste Plenarsitzung der Konferenz wird wichtig. Sekretär Hughes dürfte dann das Enderständnis der vier Großmächte anstelle der anglo-japanischen Allianz auf die anglo-japanischen Beziehungen anknüpfen. Hughes wird seine erwartete Rede voraussichtlich mit der Ankündigung einleiten, daß nicht bloß Großbritannien, sondern auch Japan, die zweifelhafte Macht, das amerikanische Programm für Beschränkung von Seerüstungen angenommen hat.

Washington. Senator Lodge legte in der Konferenz einen Vertrag zwischen den Ver. Staaten und drei anderen Mächten zur Erhaltung des Friedens im Stillen Meer vor. Das Abkommen bleibt zehn Jahre in Kraft und kann von jeder Macht beendet werden, wenn zwölf Monate vorher Ankündigung gemacht wird. Der Vertrag wird so bald als möglich im Einklang mit den verfassungsmäßigen Gepflogenheiten der verschiedenen Mächte ratifiziert. Hughes eröffnete die Sitzung; er sagte, das Komitee für pacifische und fernöstliche Fragen habe den befriedigendsten Fortschritt gemacht. Er schilderte kurz die Arbeiten des Komitee. Der Sekretär teilte Annahme der vier Punkte von Rood über China mit und empfahl Bestätigung des bereits angenommenen Beschlusses über die Punkte durch die Plenarsitzung. Vor dem Zusammentritt der Konferenz verlautete von hoher Stelle, daß die Ver. Staaten zu dem Vierbündnisvertrag zwei Vorbehalte vorschlagen werden. Der eine bezieht sich auf die Isolierung von Japan, der andere auf inländische Fragen, darunter Hawaii. Lodge setzte aus, daß der Vertrag keine Bestimmung zur Erzwingung seiner Bedingungen enthält. Der sichere Weg zur Verhütung von Krieg sei die Entfernung von Ursachen zum Krieg. Nach der Ueberlegung der Rede von Lodge wandte sich Hughes an Viviani. Ohne Jaudern, sagte Viviani, unterschreibe ich im Namen von Frankreich Senator Lodge's Worte. Der Franzose erklärte ermächtigt zu sein, Frankreichs Zustimmung zu dem Beschlusse der Konferenz zu geben.

Vom Ausland.

Berlin. Deutschland ist verpflichtet für Rechnung der Wiedergutmachung am 1. Januar 1922 500 Millionen Goldmark, am 15. Februar 85 Millionen, am 1. April abermals 500 Millionen und am 15. Mai 85 Millionen Goldmark zu bezahlen. Von diesen Beträgen soll Frankreich 52 Prozent, Großbritannien 26, Italien 10 Prozent und die übrigen alliierten und assoziierten Staaten den Rest von 12 Prozent erhalten. Gemäß einer Erklärung des Reichsschatzmeisters dürfte Deutschland in der Lage sein, die ersten zwei Raten zu bezahlen, die Möglichkeit aber, die am 1. April und 15. Mai fälligen Raten zu begleichen wird stark bezweifelt. Von französischen Delegierten, welche an der Rüstungsbeschränkungs-Konferenz in Washington teilgenommen, wurde die Meinung ausgesprochen, daß eine geplante Konferenz von Reichsbanken der alliierten Mächte eine zeitweilige Abhilfe für die Valutaschwankungen bringen würde, daß aber umfassende Pläne getroffen werden müssen, um die Stabilisierung des Marktwertes im Auslande zu ermöglichen, da sonst Deutschland seinen Zahlungspflichtigkeiten im nächsten Jahre nicht nachkommen könnte. Man glaubt, eine Lösung dieses Problems könne nur durch eine internationale Finanzkonferenz erfolgen, in welcher nach Ansicht der Befürworter die Ver. Staaten die leitende Rolle übernehmen sollten, wenn man den Erfolg der Konferenz sichern wolle. Am liebsten

würden es jene, welche sich darüber äußerten, sehen, wenn die Einberufung der Konferenz durch die Ver. Staaten erfolgen würde.

Die internationale Kontrollkommission, die dem Vertrag von Versailles gemäß ernannt wurde, um die Ausführung der Entwaffnungs-Bestimmungen zu überwachen, hat bis zum Oktober Deutschland bereits 1,250,000,000 Mark gekostet. Die Presse stellt das fest und beklagt sich zugleich darüber, daß die Kommission ihre Rechte überschreite und verschiedene Industrien störe. Die „Allgemeine Zeitung“ verlangt, daß die Mitglieder der Kommission sofort abberufen würden, da ihre Arbeit ja schon getan sei. In gewissen Kreisen wird erklärt, daß die Kommission sich in zahlreiche Industriebetriebe einmischen, nur um den Anschein zu erwecken, als hätten sie noch etwas zu tun, damit sie ihre Stellen behalten können.

Nach den neuesten Berichten sind nur 13 Verden von mehr als hundert Personen geborgen, die bei einer Explosion in Saarlouis, Rheingebiet, ums Leben kamen. Die Zahl der Verwundeten ist nicht festgestellt. Die Explosion, welche sich in einem Delbehälter ereignete, zerstörte den größeren Teil der Fabrik. Häuser in der Umgebung litten schwer. Dächer wurden weggerissen, die Mauern stürzten ein. Ein unter den Trümmern ausgebrochener Brand breitete sich nach den nahen Wäldern aus.

Paris. Die französische Regierung wird, falls von Seiten Englands die Gerächung eines Moratoriums für Deutschland angeregt werden sollte, als Gegenvorschlag die Konterrotterklärung Deutschlands, die Erneuerung eines Waffenvertrages und die Selbständigkeitsklärung des Rheinlandes, damit daselbe von den Alliierten für Kriegsschadigungs-zwecke ausgebeutet werden kann, beantragen. So wurde in Regierungskreisen versichert. Die Alliierten haben, der Ansicht der französischen Regierungskreise zufolge, auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles das unumkehrbare Recht, die Verwaltung Deutschlands in die Hand zu nehmen und mit seinen Hülfen ähnlich zu verfahren, wie es in der Türkei seitens der türkischen Schuldenliquidationskommission gescheh. Der vormalige Präsident Boincare, der vielfach als der mutmaßliche Nachfolger des Premierministers Briand bei der nächsten Kabinetsreise genannt wird, weist in seiner Wochenberichter über die politische Lage daraufhin, daß durch den Vertrag von Versailles den Alliierten das Recht zugestanden wird, im Fall Deutschland seine Zahlungen nicht einhält, die Kontrolle über die Zölle, die Steuern, die Ausfuhr und die Stofflenförderung Deutschlands zu übernehmen. Er vertritt den Standpunkt, daß man auf diesen Rechten bestehen müsse, falls die Wiedergutmachungskommission der Ansicht ist, daß sie Deutschland eine weitere Frist zugestehen müsse.

Deutschland wird wahrscheinlich ein dreijähriger Aufschub bei seinen Entschädigungen in Bargeld bewilligt, wie von zuverlässiger Seite verlautet. Verhandlungen zwischen den Entschädigungs-

beamten von Großbritannien und Frankreich sind jetzt im Gange und die Vertreter beider Länder stimmen überein, daß Deutschland eine Atempause gegeben werden muß. Es erubigt nur noch die Ausarbeitung eines Planes, der für beide Länder annehmbar ist.

Schweiz. Deutschland und die Schweiz schlossen einen Schiedsvertrag, welcher die beiden Länder zwingt, fast alle Streitfragen unter sich einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Budapest. Hier wurde ein neues Kabinett, mit Graf Bethlen als Ministerpräsidenten, gebildet. Als Minister des Äußeren wurde Bonffy berufen und General Belitska hat die Leitung des Landesverteidigungs-Ministeriums übernommen, während Klebelsberg die Stelle des Ministers des Innern und Kallay den Posten des Finanzministers bekleiden wird.

Ministerpräsident Bethlen teilte in der Konferenz der Partei der Christlichsozialen mit, daß die Regierung sich mit der Absicht trage, der Nationalversammlung eine Vorlage zur Lösung der Frage, ob Ungarn künftig einen König haben solle, zu unterbreiten. Mittlerweile würde keine Propaganda zugunsten irgend eines Thronanwärters geduldet werden.

Rom. Das Armeekomitee der Deputiertenkammer hat beschlossen, die einjährige Militärdienstzeit zu empfehlen.

Oesterreich. Der früheren Kaiserin Jita von Oesterreich-Ungarn ist von den Alliierten Erlaubnis gegeben worden, sich von ihrem Verbannungsorte in Madeira nach der Schweiz zu ihrem Sohne, der an Appendicitis erkrankt ist und operiert werden soll, zu begeben.

London. Das britische Kabinett gab dem zwischen Sinn Fein-Delegaten und dem Kabinette ausgeschickte Friedensabkommen einstimmig seine Billigung. Es heißt, daß es Ulster zwar freigegeben worden ist, seine jetzige Stellung zu behalten, daß aber in diesem Falle eine Kommission zur Feststellung der Grenzen der Grafschaften Tyrone und Fermanagh ernannt werden soll. Die Sinn Fein-Beamten besprachen den größten Teil dieser Grafschaften für Südirland wegen des Ueberwiegens der Katholiken unter der Bevölkerung. König Georg sprach in einer Botschaft an Premierminister Lloyd George seine Freude über die glückliche Beendigung der Unterhandlungen aus. Das Parlament wird sofort zusammenberufen werden, um das Abkommen zu ratifizieren, wie in Lloyd Georges Antwortung verlautete. Lord Birkenhead machte in einer Rede in der Konvention der konservativen Partei in Birmingham die Bestimmungen des Abkommens bekannt. Diese sind: 1.) Das neue Dominion führt den Namen „Der irische Freistaat“. 2.) Es wird die gleiche Stellung, wie Canada, Australien, Neuseeland und Südafrika haben, mit einem Vorbehalt. 3.) In Finanzangelegenheiten hat die Regierung des Freistaates vollständig freie Hand. 4.) Der Freistaat muß seinen Anteil an der Nationalen Kriegsschuld übernehmen. 5.) Die Sinn Feiner müssen der unionistischen Minderheit in Südirland hinreichende Garantien geben. Birkenhead erklärte, wenn das Parla-

ment dieses Abkommen nicht ratifiziere, würde die Regierung sich an das Volk wenden und dieses über das Abkommen abstimmen lassen. Ulster habe den Rat erhalten, sich Südirland anzuschließen, aber es siehe ihm frei, allein zu bleiben; dann müsse Ulster sich aber zu einer Festlegung der Grenzen verstehen. Es wurde nagedrückt, Irland nicht als eines der mächtigsten Dominionen zu behandeln, sagte Lord Birkenhead. Nach einer Sitzung des Geheimrats verlautet, daß Graf Fitzalan oder Lord Pauncefoot, der Verlobte der Prinzessin Mary, erster Generalgouverneur des irischen Freistaates werden soll.

Dublin. Irland. Die erste Kraftprobe beim englisch-irischen Friedensvertrag war am 8. Dez., als das Sinn Fein-Kabinett das Abkommen erzog. Als die Minister mit Präsident de Valera sich zur Besprechung des Vertrages verammelten, lagen Anzeichen einer Opposition der unversöhnlichen Sinn Feiner vor. Sie verlangten eine Republik und vollständige Kostentragung vom britischen Reich.

London. König Georg gab am 7. Dez. einen Kabinettsbeschluss aus, durch den allen irischen politischen Gefangenen die Freiheit gegeben wird. Die Zahl der Sinn Feiner im Internierungslager in Irland wird auf 4000 bis 5000 geschätzt. Das Ulster-Kabinett verbot die Entscheidung über den Friedensvertrag, bis Sir James Craig, der Premierminister Ulsters, sich von Lloyd-George's Erklärung über gewisse Punkte hat geben lassen. König Georg unterzeichnete die Proklamation für Zusammenberufung des Parlaments. Dieses wird am 14. Dezember in Sitzung treten, um den Friedensvertrag zu ratifizieren.

Dublin. Canon de Valera sagt in einer Erklärung, daß er den Friedensvertrag mit Großbritannien dem Paul Greann oder dem Lande nicht empfehlen könne und daß er bei seiner Haltung von den Ministern der Verteidigung und der inneren Angelegenheiten unterstützt werde. Eine öffentliche Sitzung des Paul Greann ist auf 14. Dez. anberaumt. Arthur Griffith, der Vorsitzende der irischen Abordnung, welche den Vertrag in London schloß, gab ebenfalls eine Erklärung ab. Der Vertrag, sagt er, würde seiner Meinung nach die Grundlagen für den Frieden und die Freundschaft zwischen den beiden Völkern legen. Er werde bei seiner Unterstützung im Glauben beharren, daß das Ende der Jahrhunderte langen Kämpfe bevorsteht.

London. Canon de Valera's Widerstand gegen den Vertrag ist nicht völlig unerwartet. Man schloß aus seinem Schwelgen, das die Bedingungen der Regelung seiner Wünsche und seiner Ansicht nicht entsprechen. Die Verwertung des Vertrags durch de Valera hat hier wenig überaus. Seine harten Forderungen auf die vollständige Unabhängigkeit von Irland wurden erst bei der Eröffnung des Reichstages irischer Aristokraten in Dublin wiederholt. De Valera, sagte er, ein irisches Irland, in welchem Irland ihr Geschick selbst bestimmen können, ein galisches Irland, ein freies Land. In seiner Erklärung (Fortsetzung auf Seite 8)